

# Acheson: USA stehen zu Berlin

## Keine Meinungsverschiedenheiten in der gesamten amerikanischen Bevölkerung

Berlin/Godesberg (Eigenbericht/dpa/upi). Die in Berlin zu einem mehrtägigen Besuch eingetroffenen 14 amerikanischen Politiker, an ihrer Spitze der frühere US-Außenminister Acheson, haben in Gesprächen mit dem Senat erneut die Entschlossenheit der USA bekräftigt, die Freiheit Berlins zu garantieren. Sie versicherten, daß es in der Berlin-Frage in der amerikanischen Bevölkerung, bei den Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Die USA würden niemals davon abweichen, die Freiheit und den Wohlstand der zwei Millionen Westberliner zu verteidigen.

Wörtlich erklärte Acheson: „Ich freue mich, wieder in Berlin zu sein, einer Stadt, deren Name ein Symbol des Mutes ist.“ Er erinnerte an die Dreimächte-Erklärung vom 19. 9. 1950, in der jeder Angriff auf Berlin als ein Angriff auf die drei Mächte selbst angesehen wird. Die gleichen Umstände seien jetzt wieder eingetreten.

Bei einem Empfang im Rathaus Schöneberg wies der Regierende Bürgermeister Brandt besonders auf die seit November 1958 durch die ultimativen Drohungen Moskaus geschaffenen Schwierigkeiten hin, zu deren Überwindung die feste Haltung der drei Westmächte wesentlich beigetragen habe. Außerdem unterstrich Brandt nachdrücklich die Forderung Berlins, am Status quo festzuhalten, solange Deutschland nicht wieder vereinigt ist.

Die amerikanischen Politiker waren unmittelbar nach dem deutsch-amerikanischen Gespräch in Godesberg zu einem dreitägigen Besuch nach Berlin gekommen. Unter ihnen befanden sich neben Acheson auch der frühere Botschafter der USA in Bonn, Dr. Conant, und Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses.

### Berlins Dank

Brandt dankte den amerikanischen Gästen für ihr Kommen. Die Mitglieder der Delegation gehörten zu jener Gruppe

prominentester Persönlichkeiten der USA, die seit länger Zeit regelmäßig Berlin besuchen. Diese Gruppe umfasse Gouverneure, Senatoren, Mitglieder des

Kongresses sowie hervorragende andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Amerikas. Den Besuch Achesons nannte Brandt eine Art von „Zehnjahresjubiläum“, denn kurz nach Beendigung der Blockade sei Dean Acheson mit der Luftbrücke nach Berlin gekommen und auf der Freitreppe des Rathauses von Ernst Reuter willkommen geheißen worden. Auch Dr. Conant habe stets ein besonderes Verständnis für Berlin gezeigt.

## „Der Terror feiert Geburtstag“

### Parteien der Bundesrepublik zu den „DDR“-Feiern

Bonn (upi/dpa). Die beiden großen Parteien der Bundesrepublik, CDU und SPD, haben den Tag der Gründung der Sowjetzonenrepublik als den „Geburtstag eines Terrorregimes“ und die Feiern zu ihrem zehnjährigen Bestehen als eine „Provokation“ bezeichnet. Die Veranstaltungen zum 7. Oktober, die mit Zuckerbrot und Normenpeitsche erzwungen seien, verfolgten das Ziel, die Teilung Deutschlands zu vergrößern und vollendete Tatsachen gegen die Wiedervereinigung zu schaffen.

Der „Deutschland-Dienst“ der CDU/CSU schrieb unter der Überschrift „Der Terror feiert Geburtstag“: „Der 7. Oktober nimmt nur insofern einen gewichtigen Platz im Denken der Menschen in Mitteldeutschland ein, als sie seit Wochen Tag für Tag mit Zuckerbrot und Normenpeitsche gezwungen werden, für den kommunistischen Feiertag den Plan überzufüllen.“ Die CDU erklärt weiter: „Alle Welt weiß, daß das Terrorregime Ulbrichts keinerlei Anspruch auf das Wort ‚deutsch‘ erheben kann, daß es auch nach 14 Jahren Gewaltherrschaft nichts anderes ist als eine Statthaltertschaft, gestützt auf die Bajonette eines fremden Protektors und ohne jeden Auftrag der Bevölkerung.“

In einer Resolution ihres Vor-

standes nannte die SPD die Feiern eine Provokation des um seine Einheit ringenden Volkes. Das Jubiläum solle jedoch dem deutschen Volk zeigen, daß die Bemühungen um die Einheit Deutschlands weiter verstärkt werden müßten. Die Thesen der SED zum Jubiläumstag verherlichten die Spaltung Deutschlands; die Feiern verfolgten das Ziel, die Teilung zu vergrößern und vollendete Tatsachen gegen die Wiedervereinigung zu schaffen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, nannte die Feiern eine „böse Herausforderung“ der Deutschen in der Zone. Die kommunistische Einheitspartei und ihre Staatsfunktionäre riefen zu einer Verherrlichung der Spaltung Deutschlands auf.



## Eine Chance

DT. Man darf die Deutschen nicht noch einmal in die Zwangsjacke eines Versailles stecken, wenn man Ruhe schaffen will im Herzen Europas. Es war der amerikanische Außenminister Dulles, der diese Worte zu Beginn des Jahres unter dem Eindruck der sowjetischen Berlin- und Deutschland-Pläne ausgesprochen hatte. Man muß sich fragen, ob dieser kluge Vorsatz, aus den bitteren Lehren der jüngsten Geschichte gezogen, in Washington im Herbst des gleichen Jahres noch beherzigt wird. Wenn wir den wilden Spekulationen um Berlin und Deutschland, die uns wie gläserne Bienen umschwirren, glauben schenken würden, müßten wir ernsthaft daran zweifeln. Den nervösen Auguren ist aber nicht zu trauen. Wir bemerken zwar ein ungewohntes Schwanken des westlichen Schiffes. Wir wissen auch, daß in den USA nun zum ersten Male die sowjetische Koexistenz-Parole ernsthaft geprüft wird und daß das Weltgeschehen dort nicht mehr vorwiegend moralisch-rechtlich, sondern erstmals betont pragmatisch-politisch gedeutet wird. Diese Momente lassen auf eine Nuancierung der amerikanischen Haltung schließen. Doch können die Folgen, die davon ausgehen werden, nicht jene Dimensionen erreichen, die eine überhitzte spekulative Phantasie voraussehen will. Für radikale Kursänderungen geht die politische See noch zu hoch. Kurskorrekturen sind dagegen möglich.

★

Die Spekulationen sprechen von einer isolierten Berlin-Lösung, die gegen eine Anerkennung des Zonen-Regimes, eine Aufgabe der Vier-Mächte-Verantwortlichkeit für ganz Deutschland also, eingetauscht werden soll. Sie sprechen auch von einer grundlegenden Änderung des Berlin-Status, einer Aufgabe der alliierten Rechte beziehungsweise einer Übergabe dieser Rechte an die UNO. Ähnliche Vermutungen waren bereits in der Pause zwischen den beiden Genfer Außenminister-Konferenzen aufgetaucht und hatten sich

dann sehr rasch als unrichtig erwiesen. Wir glauben, daß es diesmal nicht anders sein wird, obgleich die Vermutungen jetzt schärfer formuliert sind, obgleich manche Äußerung aus berufenem Munde den Dementis aus Bonn entgegensteht. Es hat tatsächlich noch keine Situation gegeben, in der das Vertrauen zu unseren Verbündeten so wichtig war wie jetzt. Zweifellos ist während des Chruschtschow-Besuches in Washington die Bereitschaft gewachsen, das Berlin-Problem noch mehr für sich, mehr isoliert zu betrachten, als aus dem Blickwinkel der Wiedervereinigung Deutschlands, der für den Genfer Stufen-Plan noch maßgebend war.

★

Bereits während der Genfer Konferenzen warnten deutsche Stimmen dringend davor, den Zusammenhang zwischen der Berlin- und Deutschland-Frage zu lösen und ein Kompromiß für diese Stadt auf Kosten des ganzen Deutschlands zu suchen. Es ist nun an der Zeit, diese Warnung zu wiederholen. Die These, das Berlin-Problem sei eines der wesentlichen Ursachen für die Unruhe in Europa, wurde bisher nur von der Sowjetunion vertreten. Ihre Argumentation zielt darauf ab, die deutsche Hauptstadt ihrer Bedeutung als letztes Bindeglied zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu berauben. Der Westen hat zwar allen Versuchen, seine Rechtsposition in Berlin zu unterhöhlen, widerstanden. Er tat es jedoch schon in Genf mehr aus der Sorge um die Freiheit der Bevölkerung als aus dem Bemühen um die Erhaltung der gesamtdeutschen Funktion der Stadt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß dieser Prozeß im Westen inzwischen fortgeschritten ist. Im gleichen Maße sind jedoch auch unsere Bedenken gewachsen. Wir halten es zwar für sehr verdienstvoll, Berlin von der Dauerkrise zu erlösen. Doch glauben wir nicht, daß eine Berlin-Lösung dem Frieden in Europa dienen könnte, wenn nicht gleichzeitig und unmittelbar damit verbunden die Deutschland-Frage ein Stück vorangetrieben würde. Die Unruhe in Europa geht nicht von Berlin aus. Sie erwächst einzig

und allein aus der Spaltung Deutschlands. Deshalb wäre ein ost-westliches Stillhalte-Abkommen in der Deutschland-Frage sinnlos. Es könnte Berlin möglicherweise einige ruhige Jahre einbringen. Doch würde die nationale Erregung im Herzen des Kontinents unterdessen gewaltig ansteigen. Wer glaubt, man könnte die Deutschen dazu zwingen, sich für alle Zeiten mit einem Leben in zwei getrennten Staaten und Systemen abzufinden, begeht einen schrecklichen Irrtum. Hätte man unser Leben noch im trägen Glanz wirtschaftlicher Prosperität gestalten verschwimmen. Morgen aber, schon morgen, kann in uns die Geschichte erwachen, die kein Volk vergißt. Dulles wußte das damals und warnte davor, dieses Erwachen mit dem Trauma nationaler Hoffnungslosigkeit zu belasten.

★

Es wäre durchaus nützlich, zur Vorbereitung der geplanten Gipfelkonferenz ein Viermächte-Gremium einzuberufen, in dem alle strittigen Fragen, von der Abrüstung über die Deutschland- und Berlin-Frage bis zu den europäischen Sicherheitsproblemen vorgeklärt werden könnten. Da eine ganze Serie von internationalen Konferenzen zu erwarten ist, müßte der Kommission der Status einer ständigen Einrichtung gegeben werden. Auf diesem stabilen Viermächte-Boden könnte dann auch eine gemischte deutsche Kommission zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten, die ihre Themen und Aufträge von der Viermächte-Gruppe erhalten, Vorschläge ausarbeiten und die Ergebnisse zur Entscheidung an sie zurückreichen müßte. Die Frage der Parität würde an Gewicht verlieren, da in der deutschen Kommission wie in jeder Arbeitsverhandlung Standpunkt gegen Standpunkt stünde. Für die deutsche Frage wäre damit ein ständiges Forum geschaffen, das die Viermächte-Verantwortlichkeit nicht in Frage stellen, sondern ausdrücklich bestätigen würde. Damit könnte die Gefahr umgangen werden, daß die deutsche Frage unter den Tisch fällt und in Deutschland jene Unruhe entsteht, die Dulles meinte, als er von Versailles sprach und an Weimar dachte.



# Stresemanns Kampf um den Frieden

Zum 30. Todestag des großen deutschen Politikers am 3. Oktober

DT. Die Villa des Außenministers Dr. Stresemann, in der ihn am 3. Oktober 1929 — genau vor 30 Jahren — abends ein Schlaganfall traf, existiert nicht mehr. Ebensovienig seine Geburtsstätte in der Köpenicker Straße in Ostberlin, das Haus, in dem er am 30. Mai 1878 geboren wurde. 51 Jahre ist dieser Staatsmann nur alt geworden, und alle die, die die Jahre der Weimarer Republik mit ihm erlebt haben, stellen immer wieder die Frage: Mußte es so kommen? Wäre es anders geworden, wenn ein gütiges Schicksal Stresemann am Leben erhalten hätte? Wäre Stresemann der Mann gewesen, der Hitler bezwungen hätte?

Noch an seinem letzten Lebenstage hatte Stresemann heftige Auseinandersetzungen mit seiner Partei, denn Hugenberg und Hitler drohten mit dem Volksbegehren über das Young-Abkommen. Alle Register der Demagogie wurden gezogen. Stresemann hat Hitler nicht unterschätzt. Als Reichskanzler wurde ihm am 9. November 1923 um Mitternacht aus München die Nachricht vom Putschversuch Hitlers übermittelt. Damals war Deutschland in seiner tiefsten Not. In Sachsen drohte Rebellion, in Thüringen gäerte es, die Kommunisten wühlten, es war Notzeit am Rhein, und eine Hungerkatastrophe stand in Aussicht. Rechtsradikale Versuche in Berlin waren gemeldet, und das Kabinett, dem Stresemann vorstand, hatte die riesengroße Aufgabe, die Inflation mit Hilfe der Rentenmark zu beenden. Der Ruhrkampf mußte beendet werden, dazu kamen tausend innerpolitische Probleme. Die Sozialdemokratie wollte die Verantwortung nicht länger tragen und bereitete sich zum Kanzlersturz vor.

Das war damals die hunderttägige Kanzlerschaft Stresemanns. In einer Konferenz fragte Stresemann die Presse, warum er gestürzt worden sei. Das Parlament wußte es nicht. Stresemann wollte nicht von abgelehnten Mißtrauensvoten leben, und die große Lehre jener Tage ist heute lebendig geworden. Hätte man damals das konstruktive Mißtrauensvotum gehabt, so wie wir es heute haben, so hätte Stresemann nicht gestürzt werden können, weil alle diejenigen, die die Regierung Stresemanns stürzten, nicht in der Lage waren, einen neuen Kanzler zu wählen. Inso-

fern war diese Krise mehr eine Parlaments- als eine Kabinettskrise.

Wenn wir heute die große Weltumwandlung erleben, die deutsche Tragik am eigenen Leibe fühlen, so darf um der Selbstprüfung willen auch nicht vergessen werden, wie Stresemann, der dann später als Außenminister tätig war, die Ostfragen angefaßt hat. Wenn seine Politik sich folgerichtig ausgewirkt hätte und wenn die Deutschen, worunter wir am meisten leiden, Geduld gehabt hätten, brauchten wir nicht um das zu klagen, was im deutschen Osten geschehen ist.

## Kein Haß gegen Polen

Gewiß, auch der Versailler Vertrag hatte dem deutschen Osten tiefe Wunden geschlagen, aber in den Volksabstimmungen hatte das Volksbekenntnis zu Deutschland Schlimmstes verhütet. Diese Abstimmungen waren überdies nicht vom Haß gegen Polen durchgeführt worden, sondern sie bekundeten den Willen für Deutschland. Und später ging die Entwicklung so weit, daß erkennbar wurde — Pilsudski hatte es selbst eingestanden —, daß Polen nicht mit Danzig fertig werden konnte. Briand und Chamberlain hatten ein Arrangement mit Deutschland und Polen gewissermaßen schon psychologisch vorbereitet.

Im Jahre 1927 besuchte Stresemann Königsberg und durfte feststellen, daß Ostpreußen im Mittelpunkt der politischen Befriedigungspolitik im Osten stand. Man darf auch einmal auf die Tatsache hinweisen, daß Polen damals erkannt hatte, wie sehr es mit Minderheiten gesättigt war. Und von polnischer Seite war gesagt worden,

daß nur Polen den Wunsch äußern könnte, Ostpreußen zu verlangen. Polen brauchte damals wie heute wirtschaftliche Förderungen, und Polen erklärte sich auch damals einverstanden — im Gegensatz zu seinem späteren Verhalten —, die Deutschen nicht aus dem Korridor zu vertreiben. Soviel war auch damals klar, daß eine Beseitigung des Korridors durch den Krieg unmöglich war. Das hatte Stresemann schon 1927 in Königsberg ausgesprochen. Es blieb die Lösung auf friedlichem Wege.

## Wirkung der Persönlichkeit

In England hatte es z. B. die „Times“ ausgesprochen, daß im Osten Europas keine offenen Pulverfässer mehr herumstehen sollten. Die „Times“ hatte Polen zu einer großen Geste aufgefordert und verlangt, daß der Geist des Hasses und der Selbstsucht verschwinden möge.

Stresemanns Leiden wuchs und wuchs, er konnte, als wir Journalisten mit ihm 1926 zur Völkerbundratstagung nach Madrid fuhren, nur mit seinem Arzt Prof. Zondek reisen. Aber Stresemann war in seinem Leid und in allen Schwierigkeiten gewachsen. Politisch hatte er das Kaiserreich überwunden und den Weg zur Republik gefunden. Hier seine Worte: „Es ist nicht richtig, daß fortschreitende Demokratie die Wirkung der Persönlichkeit gegenüber der Masse ausschalten muß. Möchten alle Ströme der Verständigung zwischen den Völkern schließlich dahin ausmünden, daß dem heutigen Geschlecht, das so unendlich viel gelitten hat, eine lange Epoche des Friedens und der Freiheit und des wirklichen Selbstbestimmungsrechts bevorsteht.“

Stresemanns Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. An seinem 30. Todestag aber sind Stresemanns Gedanken erneut lebendig, und was ihm nicht gelungen ist, wird — das ist unsere Hoffnung — denen gelingen, die in seinem Geiste die Politik der Verständigung weiterführen.



## Politisierte Kunst

DT. Während in Westberlin die „Festwochen“ sich ihrem Ende zuneigen, rüstet man sich jenseits der Sektorengrenze zu musischen Großtaten. Vom 3. bis 18. Oktober finden dort „Berliner Festtage“ statt, mit denen der Ostberliner Magistrat vor zwei Jahren zum ersten Male auf den Plan trat. Eine Konkurrenz zu den bereits Tradition gewordenen Westberliner Festwochen konnten sie freilich nicht werden; dazu waren Zielsetzung, Programmgestaltung und künstlerische Beteiligung zu unterschiedlich. Bieten die Festwochen in Westberlin einen umfassenden Querschnitt durch die geistig-kulturellen Strömungen unserer Zeit in allen künstlerischen Ausdrucksformen, an dem sich Künstler von internationalem Ruf beteiligen, so sind die Festtage in Ostberlin einseitig politisch bestimmt, und die Auswahl ihrer Darbietungen hält sich in den durch die kulturpolitische Konzeption des Ulbricht-Regimes gezogenen engen Grenzen.

Noch mehr als in den Jahren zuvor steht das sogenannte „sozialistische Gegenwartsstück“ auf dem Programm. Da außerdem die „Festtage“ diesmal mit den umfangreichen Festlichkeiten zum 10. Jahrestag der „DDR“-Gründung zusammenfallen, nimmt es auch nicht

wunder, daß als eine der wesentlichen Aufgaben der Veranstaltung bezeichnet wird, die „Werkstätigen für den sozialistischen Aufbau zu begeistern“. Dazu sollen fast 400 Veranstaltungen mit etwa 6000 Berufs- und Laienkünstlern dienen. Die starke Beteiligung von Laienkräften entspricht dem in letzter Zeit immer wieder propagierten kulturpolitischen Ziel des Regimes, die „Werkstätigen“ für eine künstlerische Selbstbetätigung im Sinne der herrschenden Ideologie zu gewinnen.

Ausländische Gäste kommen, mit Ausnahme einer belgischen Chansonsängerin und einer englischen Pianistin, nur aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien. Besonderes Interesse dürften dabei die Auführungen des polnischen Theaters der Pantomime aus Breslau und der chinesischen Szeschuan-Oper beanspruchen. Solche Darbietungen stellen so etwas wie Oasen wirklicher Kunst inmitten kulturell verbrämter politischer Propaganda dar.

## Professor Forssmann bleibt

Nobelpreisträger dementiert Gerüchte über Umsiedlung

Düsseldorf (dpa). Nobelpreisträger Prof. Dr. Werner Forssmann hat nicht die Absicht, Düsseldorf oder die Bundesrepublik zu verlassen. Dies erklärte der Chefschirurg des Evangelischen Krankenhauses in Düsseldorf zu Gerüchten, wonach ihm eine verlockende Tätigkeit in der Sowjetzone angeboten worden sei. Forssmann betonte: „Ich habe mir hier in der Arbeit für das Evangelische Krankenhaus eine soziale Aufgabe gestellt, von der ich hoffe, daß sie unser ganzes Krankenhauswesen im Interesse der ärmeren Bevölkerung und der Ärzte beeinflussen wird. Ich würde meinen Ideen untreu, wenn ich da-

nach strebte, dieser Aufgabe auszuweichen.“

In Zeitungsberichten war vermutet worden, Forssmann spiele mit dem Gedanken, auf die angeblichen Angebote aus der Sowjetzone einzugehen.

Prof. Forssmann wandte sich energisch gegen Kombinationen, daß er mit offiziellen sowjetzonalen Stellen verhandelt habe. In diesem Zusammenhang erklärt er: „Die dem Kuratoriumsmitglied Frau Brigitte Schröder, der Gattin des Bundesinnenministers, in den Mund gelegte Äußerung, daß ich Ostinterviews gegeben und auch schon die Zone bereist hätte, ist unzutreffend.“ Er habe lediglich den Deutschen Urologen-Kongreß vom 7. bis 12. September in Berlin besucht. Die Sitzungen des Kongresses hätten drei Tage an der Freien Universität in Westberlin und zwei Tage in der Charité im Ostsektor stattgefunden. „Ich habe selbstverständlich — wie alle Kollegen aus West und Ost — beide Institute besucht.“ Außerhalb des Kongreßprogramms habe er nur einmal einen alten Freund in seiner Klinik und in seinem Haus aufgesucht. „Ich habe keine Kontakte mit der Ostpresse aufgenommen und ihr auch keine Interviews gegeben.“

Auf die Frage, ob neue Meinungsverschiedenheiten mit dem Kuratorium des Krankenhauses bestehen, antwortete der Nobelpreisträger: „Ich will endlich meine Ruhe haben und arbeiten können. Das immer wieder aufflackernde Interesse für meine Person entzieht mir Zeit, die meinen Patienten gehört.“

## Konferenz im November?

Bonn rechnet mit vorherigem Außenminister-Treffen

Bonn (dpa). In Bonn verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß zunächst auf der Ebene der Außenminister oder ihrer Stellvertreter Besprechungen über die Berlin-Frage — man spricht vor November — als Vorkonferenz eines Gipfeltreffens stattfinden. Durch eine vorherige Erörterung des kritischen Berlin-Problems soll erreicht werden, daß sich auf einem Gipfeltreffen die Regierungschefs stärker mit dem zentralen Thema der Abrüstung beschäftigen können.

Diplomatische Kreise in Bonn verzeichnen mit tiefer Befriedigung, daß nach den Versicherungen Eisenhowers und Herders zwischen Bonn und Washington kein Mißklang mehr

in der Berlin-Frage besteht. Für die Bundesregierung steht nach dem Briefwechsel zwischen Präsident Eisenhower und dem Bundeskanzler fest, daß in Camp David die amerikanische Seite in keinem Punkt von der westlichen Berlin-Position abgegangen ist. Im Gegenteil, Eisenhower sei es gelungen, Ehrschtschow dazu zu bewegen, von seinen befristeten Berlin-Forderungen abzuziehen. Neue Pläne für Berlin seien nicht zur Sprache gekommen, und für den Westen gebe es auch jetzt keine andere Berlin-Konzeption als die Aufrechterhaltung des jetzigen Status unter Berücksichtigung der westlichen Konzessionen von Genf.



# Löhne und Gehälter erreichten Rekord

1958 wurden 108,3 Milliarden DM verdient — Weiterhin günstige Konjunktur

Bonn (ap/dpa). Zum ersten Male seit Kriegsende haben Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik im Jahre 1958 die 100-Milliarden-Grenze überschritten und mit 108,3 Mrd. D-Mark einen Anteil am Volkseinkommen von 64,1 Prozent erreicht. Durchschnittlich verdienten die Arbeitnehmer Ende vorigen Jahres monatlich 421 DM. Das monatliche Bruttoarbeits-einkommen stieg im Laufe des Jahres 1958 um 23 DM oder um 5,7 Prozent monatlich. 1957 war das Durchschnittseinkommen nur um 4,1 Prozent gestiegen. Diese Zahlen sind im jetzt veröffentlichten Sozialbericht der Bundesregierung enthalten, der die Grundlage für die vor wenigen Tagen vorgeschlagene Rentenerhöhung bildet.

Der Bericht enthält eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie der Veränderungen des Volkseinkommens und der Finanzlage der Rentenversicherung.

Es wird darin festgestellt, daß die verfügbaren Einkom-

langsamer als in den Jahren seit 1950. Es wurde weniger für Anschaffungen ausgegeben, dafür aber stärker gespart. Im Jahresdurchschnitt wurden 8,8 Prozent der Einkommen gespart.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik ist nach dem Bericht 1958 erneut gewachsen. Die Zahl der Erwerbstätigen hat weiter zugenommen. Annähernd 20 Millionen Menschen standen im Erwerbsleben. Das Bruttosozial-

produkt erreichte 1958 mit 222,3 Milliarden DM einen neuen Höchstwert. Es ist gegenüber dem Vorjahr um 12,7 Milliarden DM gewachsen.

Auch die Produktivität hat sich weiter positiv entwickelt. Sie erhöhte sich im Laufe des vorigen Jahres um 1,8 Prozent. Seit 1950 ist die Gesamtproduktivität der Wirtschaft sogar um 44 Prozent gewachsen. Die Bundesregierung erwartet für die nächste Zukunft eine gleichbleibende günstige Konjunktur. Es wird daher mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 4 bis 5 Prozent gerechnet.

Der Sozialbericht ist dem Parlament zusammen mit dem Entwurf für das Renten Anpassungs-gesetz zugeleitet worden. Beide Vorlagen werden dort zusammen mit dem Gutachten des Sozialrates in nächster Zeit diskutiert werden.

## Jeder fünfte Autobesitzer ist Arbeiter

Flensburg, (dpa). Jeder fünfte Autobesitzer in der Bundesrepublik ist Arbeiter. Am 1. Juli dieses Jahres gehörten 691 000 Kraftwagen Arbeitern. Diese Berufsgruppe hat damit jetzt den höchsten Anteil (27,9 Prozent) am Kraftwagenbesitz erreicht. Ihr folgen mit 18,6 Prozent die Angestellten.

Wie das Kraftfahrtbundesamt weiter mitteilte, lag die Zahl der Kraftfahrzeuge, die in den ersten acht Monaten dieses Jahres zwischen dem Bundesgebiet und dem sowjetischen Besatzungsgebiet die Schlagbäume passierten, mit 97 131 um über 50 Prozent höher als im gleichen Zeitraum 1958. Von Januar bis August 1959 wurden im Straßenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin 964 385 Kraftfahrzeuge registriert. Das waren 140 500 mehr als in den ersten acht Monaten 1958.

men der privaten Haushalte sich um 6,4 Prozent von 133,9 Milliarden im Jahre 1957 auf 142,5 Milliarden DM im vergangenen Jahre erhöhten. Obwohl damit den Haushalten mehr Geld für den Konsum zur Verfügung stand, wuchs der Verbrauch mit 5,5 Prozent dennoch

## Bonn baut Luftverkehr aus

Grundgesetzänderung nötig — Neuer Streitpunkt mit den Ländern

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung will eine Bundesverwaltung für den Luftverkehr einrichten. Da das Grundgesetz bisher eine solche bundeseigene Verwaltung nicht zuläßt, hat die Bundesregierung dem Parlament eine entsprechende Ergänzung der Verfassung vorgeschlagen. Der Artikel 87 des Grundgesetzes, der die Gebiete mit bundeseigener Verwaltung aufzählt, soll entsprechend erweitert werden. Wie man hört, stehen die Länder dem neuen Schritt der Bundesregierung ablehnend gegenüber, obwohl vorgesehen ist, daß der Bund seine neuen Aufgaben auftragsweise an die Länder abgibt.

Wahrscheinlich werden die Länder in dem Zusammentreffen dieser Forderung nach einer Bundes-Luftverkehrs-Verwaltung mit der Vorlage des Bundesrundfunkgesetzes eine neue Attacke auf ihre verfassungsmäßigen Rechte erblicken. In Wirklichkeit ist das Zusammentreffen aber rein zufällig und

wird in Kreisen der Bundesregierung sogar als unglücklich empfunden.

## Rundfunkstreit geht weiter

Als ein „Angebot des Bundes an die Länder“ bezeichnete ein Sprecher der Bundesregierung das Rundfunkgesetz. Die Bundesregierung wolle mit den Ländern über dieses Gesetz verhandeln. Damit nahm der Sprecher Stellung zu den heftigen Vorwürfen, die von den Ländern in diesem Zusammenhang gegen die Bundesregierung erhoben worden waren. Die Rundfunk- und Fernsehteilnehmer seien nicht an einem langen Streit zwischen Bund und Ländern interessiert, sondern an einer schnellen Lösung des Problems und damit an einer Verbesserung des Programms. Bundestag und Bundesrat müßten sich nun verständigen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2



# Herter: Kein neuer Berlin-Kurs

Zweite offizielle Zusicherung Washingtons — Botschafter Grewe berichtet

Bonn (dpa/upi). Die Haltung der amerikanischen Regierung in der Berlin-Frage bleibt fest. Das hat der amerikanische Außenminister Herter der Bundesregierung erneut zugesichert. Nach der Botschaft Präsident Eisenhowers an den Bundeskanzler ist dies innerhalb der letzten Tage der zweite offizielle Schritt Washingtons, um alle Besorgnisse in Bonn wegen eines angeblichen Kompromisses mit den Sowjets über Berlin zu beseitigen. Wie das Auswärtige Amt mitteilt, gab Herter diese Zusicherung dem Botschafter der Bundesrepublik in Washington, Professor Grewe.

Grewe hatte auf Grund von Gerüchten und Zeitungsberichten über die Möglichkeit einer UNO-Lösung in Berlin erneut beim Außenministerium in Washington vorgesprochen.

Nach diesen Gerüchten, die so nachdrücklich von der Bundesregierung dementiert werden, sollte angeblich ein neuer völkerrechtlicher Status für die in Westberlin stationierten westlichen Streitkräfte angestrebt werden, durch den das Besatzungsstatut abgelöst würde. Weiter hieß es, die Einrichtung eines freien Korridors von Westberlin nach der Bundesrepublik sei geplant.

Der Sprecher der Bundesregierung erklärte dazu: „An diesen Meldungen ist nicht ein wahres Wort.“ Weder befasse sich die Bundesregierung mit solchen Plänen, noch habe sie irgendeinen Anhaltspunkt dafür, daß in Washington etwas Derartiges erwogen werde.

Die Bundesregierung habe vielmehr die ausdrückliche Zusage erhalten, daß sich an der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland und Berlin während und nach den Gesprächen in Camp David nicht das geringste geändert habe.

„Wir machen nichts gegen den

## Brandt nach Luxemburg

Luxemburg (ap). Der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, Malvestiti, hat den Regierenden Bürgermeister und Bundessenator Klein für den 31. Oktober zu einem Besuch nach Luxemburg eingeladen. Brandt und Klein werden zuvor den europäischen Institutionen des Gemeinsamen Marktes und der Europäischen Atomgemeinschaft in Brüssel einen Besuch abstatten.

Willen des Bundeskanzlers“, äußerte ein führender amerikanischer Diplomat auf dem deutsch-amerikanischen Parlamentariertreffen in Bad Godesberg am Sonnabend. „Wir werden auch in der Berlin-Frage niemanden in Bonn bedrängen“.

## Peking ordnet sich unter

Dritte Konferenz Chruschtschows mit Spitzenfunktionären

Tokio/Moskau (upi/ap). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow ist zu seiner dritten Konferenz mit dem chinesischen KP-Chef Mao Tse-tung zusammengetroffen, an der unter anderem auch Sowjet-Außenminister Gromyko, der chinesische Staatspräsident Liu Schao-tschü und Ministerpräsident Tschu En-lai teilnahmen. Von der halbamtlichen Peking-Zeitung „Takung Pao“ war wenige Stunden zuvor versichert worden, China habe stets die „sowjetischen Vorschläge zur Verringerung der internationalen Spannungen, zur Abrüstung, zum Atomwaffenverbot und zur Regelung der europäischen und deutschen Frage unterstützt“. In einem Tagesbefehl an die Truppen war vom chinesischen Verteidigungsminister Lin Pao-ausdrücklich die Führungsstellung der Sowjetunion im „sozialistischen Lager“ anerkannt worden. Der Minister betonte, die Er rungenschaften Chinas seien untrennbar mit der „brüderlichen Hilfe“ der Sowjetunion verbunden.

### Angriffe gegen USA

Im sowjetischen Regierungsorgan „Iswestija“ hat der chinesische Außenminister Tschen-ji dem „amerikanischen Imperialismus“ und dem „jugoslawi-

Der amerikanische Standpunkt sei eindeutig: Die Amerikaner werden nicht an der Freiheit der Westberliner rütteln lassen.

Berichte über angebliche Pläne für einen Korridor nach Westberlin durch die Sowjetzone bezeichnete der Presseattaché der Sowjetbotschaft in Ostberlin, Beburow, als reine Spekulation. Er sagte, man dürfe diese Angaben nicht ernst nehmen. Einer solchen Regelung würde die „Souveränität der DDR“ entgegenstehen. Es sei schon ein „großes Entgegenkommen“, wenn die „DDR“ auf ihrem Territorium „eine Insel Westberlin“ dulde.

schen Revisionismus“ den Kampf angesagt. Tschen-ji warf den USA vor, die Politik des kalten Krieges fortzusetzen. Er forderte die USA unter anderem auf, die amerikanischen Truppen von Formosa abzuziehen. Scharf setzte sich Tschen-ji mit dem „jugoslawischen Revisionismus“ auseinander, den er als das „Produkt des amerikanischen Imperialismus“ bezeichnete. Im Interesse der Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Erhaltung der Einheit des sozialistischen Lagers müsse dieser Revisionismus mit allen Mitteln bekämpft werden.

### Kairo droht Peking

Die politischen Spannungen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und Rotchina haben sich verstärkt. Ein Regierungssprecher in Kairo drohte mit der Schließung des chinesischen Konsulats in Damaskus, falls es sich herausstelle, daß das Konsulat mit den syrischen Kommunisten in Verbindung stehe. Die Regierung in Kairo hat ihren Geschäftsträger in Peking zur Berichterstattung zurückberufen. Anlaß des Streits war eine Rede des syrischen Kommunistenführers Bachdash, der auf einem Empfang in Peking die Vereinigte Arabische Republik angegriffen hatte.



# „Die Armee — Schule des Lebens“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

R. Berlin (Eigenbericht)

Immer mehr versucht das Zonenregime, auch in die Familie einzudringen, die sich bisher politischen Beeinflussungen weitgehend entzogen hat. Was die SED an freiwilliger Zuneigung nicht gewinnen kann, versucht sie durch eine lückenlose Kontrolle zu ersetzen, indem sie das Leben im Kollektiv höher stellt als das Familienleben. Diesem Zweck dienen auch die vielfachen Bemühungen, die kirchlichen Formen der Taufe und der Eheschließung in stärkerem Maße durch Kollektiv-Feiern zu ersetzen.

### CHEMNITZ

Eine Doppelhochzeit wurde im Industriewerk Chemnitz gefeiert. Der Kulturleiter des Werkes hatte ein Lied für diesen Anlaß gedichtet und komponiert mit den Worten: „Heut ist ein wunderschöner Tag. Seid gewachsen aus dem Volk, bleibt ihm stets ganz fest verbunden.“ Es war die 5. und 6. sozialistische Eheschließung im Betrieb. Über seine Zukunftspläne befragt, sagte der eine Ehemann: „Nun, erst einmal Ehrendienst in der Armee. Das steht an erster Stelle. Und nach den zwei Jahren...“ Rainer Hantsch schaut seine junge Frau an. Sie wissen: Rainer hat dem Frieden die Hand gereicht.

### MAGDEBURG

Die neue Familie. Das SED-Blatt „Volksstimme“ berichtet von einer Familie, in der die Frau eine HO-Verkaufsstelle leitet und der Mann in einer Reparaturwerkstatt arbeitet: „Wenn der Mann am späten Nachmittag nach Hause kommt, findet er eine leere Wohnung vor, denn seine Frau hat später Feierabend als er. Manchmal, bei Inventuren zu Preissenkungen, brachte er ihr mitten in der Nacht Kaffee und Essen ins Geschäft. Die Stunden, in denen er allein ist, werden ihm nicht langweilig, eine Dielengarnitur und eine gemütliche Couchette zimmerte er nach eigenen Entwürfen, sein Verbesserungsvor-

schlag zur Umkonstruktion von Lkw-Anhängern verspricht einen großen ökonomischen Nutzen. Kurz: eine harmonische Ehe wie Tausende.“

Reiches Leben. Zur Bildung von Hausfrauenbrigaden fordert die SED auf und läßt die 52jährige Else Förster einer Reporterin erklären: „Zwanzig Jahre war ich an den Kochtopf gefesselt, zwanzig Jahre hab ich nichts anderes gekannt als die Fürsorge um meine Kinder, um meinen Mann. Seitdem ich in der Brigade arbeite, ist mein Leben reicher, ausgefüllter geworden. Wir halfen immer dort, wo wir gerade gebraucht wurden.“

### BAUTZEN

Persönlicher Frachtbrief. Die „Sächsische Zeitung“ ruft die Kinder zu einem Wettbewerb um das von der Zentralleitung der „Jungen Pioniere“ gestiftete „Sputnik-Banner“ auf. Die Schüler sollen sich in einem „persönlichen Frachtbrief“ verpflichten, das „Sputnik-Abzeichen“ zu erlangen. In einem dieser „persönlichen Frachtbriefe“ schreibt ein Schüler: „Weil ich in Russisch eine Drei habe, will ich mich besonders anstrengen, damit ich eine Zwei erreiche. Außerdem will ich Kaninchen züchten.“

### POTSDAM

„Sozialistische Namengebung“ im Bernhard-Kellermann-Haus schreibt die „Märkische Volksstimme“: „28 kleine Erdensburger standen im Mittelpunkt dieser Feier, die von der Wohngruppe 9 b 1 am Sonntag durchgeführt wurde. Eine Feier der sozialistischen Namengebung in einer Wohngruppe — das ist etwas Neues in unserer sozialistischen Gesellschaft“, sagte Herr Friedhelm Wolff von der Intendanz der Deutschen Staatsoper Berlin. „Nicht irgendein Mensch soll hier großgezogen werden, sondern der sozialistische Mensch.“

Torte in Tapete. Der chronische Mangel an Verpackungsmaterial in der Zone hat dazu geführt, daß kürzlich in Pots-

dam Torte in Tapetenpapier eingewickelt und verkauft wurde. Die „Märkische Union“ (Ost-CDU) schreibt hierzu: „An schlechtes Verpackungsmaterial für Lebensmittel haben sich die Potsdamerinnen bereits gewöhnt, und wenn ihnen im Geschäft die Butter in Packpapier geklatscht wird, gedulden sie sich in der stillen Hoffnung, daß auch das einmal anders wird. Wenn jetzt aber Kuchen und Torte in himmelblaue Tapete gewickelt werden, dann ist das immerhin neu. So geschehen in der HO-Verkaufsstelle 208, Clement-Gottwald-Straße.

### DESSAU

Nicht zum Studium delegiert wurde ein technischer Zeichner, weil er es abgelehnt hatte, in der „Nationalen Volksarmee“ (NVA) zu dienen. Die Betriebszeitung der Maschinenfabrik und Eisengießerei Dessau „Das Getriebe“ berichtete: „Sein Vater wurde bei uns vorstellig betreffs des Studiums seines Sohnes. Nachdem wir ihm aufgezeigt haben, warum wir seinen Sohn nicht delegieren, bat er uns, von weiteren Aussprachen betreffs Bereitwilligkeit zur NVA mit seinem Sohn abzusehen.“ Nachdem der Vater, ein Ingenieur, sich in Ostberlin beschwert hatte, erklärte die FDJ-Leitung, sie lehne eine Delegation zum Studium nach wie vor ab, da „der Jugendfreund weder in der GST noch im Nationalen Aufbauwerk Leistungen aufzuweisen hat, er aber der Meinung ist, auf Grund seiner fachlichen Fähigkeiten studieren zu müssen.“

### ROSTOCK

Werbung für die Armee. In den Abiturientenklassen der Oberschulen des Bezirks hat die „Nationale Volksarmee“ eine Werbeaktion begonnen, um die Abiturienten zu einem zweijährigen Wehrdienst noch vor dem Studium zu veranlassen. Ein Oberleutnant argumentierte dabei: „Es hat noch keiner bereit, daß er zu uns gekommen ist, weil die Armee die Schule des Lebens ist.“





**BILDER DER WOCHE.** — O b e n : Bundespräsident Lübke empfing in der Godesberger „Redoute“ die in Bonn akkreditierten Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger zum Antrittsbesuch. — U n t e n : Einen Fernseh-Film über das Weltflüchtlingsproblem drehen der amerikanische Filmschauspieler Yul Brynner (Mitte) und der Regisseur Anatole Litvak (mit Sonnenbrille) gegenwärtig in Österreich und Deutschland

